



Straßburg, 03. September 2002

Hartmut Nassauer (EVP-ED/CDU) und Markus Ferber (EVP-ED/CSU):

EU-Kommission toleriert offenbar Trickserie der Bundesregierung bei der Überschreitung der Defizitgrenze

Als "so sicher wie das Amen in der Kirche" haben die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer und Markus Ferber, die Überschreitung der zulässigen Höchstgrenze von drei Prozent für das deutsche Haushaltsdefizit bezeichnet. Daran würden auch die offensichtlichen Bemühungen von EU-Kommissarin Michaela Schreyer (Grüne), das Thema bis zur Bundestagswahl unter der Decke zu halten, nichts ändern können. Schreyer hatte kürzlich erklärt, ein blauer Brief für Deutschland "stünde derzeit nicht auf der Tagesordnung", obwohl sie für die Feststellung einer Überschreitung der zulässigen Defizitgrenze des Stabilitätspaktes gar nicht zuständig ist, sondern EU-Währungskommissar Pedro Solbes.

Nassauer und Ferber kritisierten weiter, daß Frau Schreyer unter Hinweis auf die Kosten der Flutkatastrophe in Deutschland schon jetzt eine vorausseilende Generalabsolution erteile, falls Deutschland die Drei-Prozent-Grenze doch überschreiten sollte, was angeblich ja gar nicht auf der Tagesordnung stehe. Finanzminister Hans Eichel sei aber vertraglich verpflichtet, der EU-Kommission die aktuellen Haushalts- und Konjunkturdaten bis spätestens Ende August mitzuteilen. "Diese Frist hat die Bundesregierung bereits überschritten, um sich noch irgendwie über die Bundestagswahl zu retten. Wir fordern die EU-Kommission deshalb auf, die Regierung Schröder darauf hinzuweisen, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen und die Zahlen jetzt auf den Tisch legen muß", sagten Nassauer und Ferber heute in Straßburg.

Besonders infam sei in diesem Zusammenhang, daß Schröder und Eichel das in der Tat schlimme Ausmaß der Flutkatastrophe als Mittel zur Verschleierung der deutschen Haushaltskatastrophe zu verwenden suchten. Dabei sei schon jetzt klar, daß Deutschland wegen der hohen Arbeitslosigkeit und bedingt durch die miserable Konjunkturlage mit wegbrechenden Steuereinnahmen auch ohne Flutkatastrophe schon weit über der zulässigen Defizitgrenze liegen werde. "Es ist unstrittig, daß die Europäische Union den vom Hochwasser zerstörten Gebieten jetzt und nicht erst über einen Katastrophenfonds helfen muß. Eine wirkliche Verbesserung der Haushaltslage in Deutschland wird aber erst möglich sein, wenn die Arbeitslosigkeit endlich gesenkt und die rote Laterne der Bundesregierung beim Wirtschaftswachstum in der EU abgegeben wird", so Nassauer und Ferber abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Hartmut Nassauer, MdEP, Tel.: +33 - 388 - 175361

Büro Markus Ferber, MdEP, Tel.: +33 - 388 - 175230

EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144